

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 1368/2013 zur Sitzung am 11.09.2013

Datenschutz in der Verwaltung (FDP)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um Spähprogramme wie PRISM hat das Thema Datenschutz eine noch höhere Bedeutung erhalten. Gerade in der Verwaltung, in der sensible Entscheidungen getroffen werden und verschiedenste Informationen über die Bürgerinnen und Bürger vorgehalten werden, muss dem Datenschutz ein besonders hoher Stellenwert beigemessen werden. Die Verschlüsselung von E-Mails sollte ebenso wie die Sicherung der Informationen zu Bürgerinnen und Bürgern eingehend überprüft werden, um festzustellen, ob diese noch dem Stand der Technik entsprechen oder ob an einigen Stellen nachgebessert werden muss. In diesem Zuge muss auch über mehr Transparenz nachgedacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erfahren können, wer Zugriff auf Ihre Daten hat und wem diese noch zur Verfügung gestellt werden. Dies ist essentiell für die datenschutzrechtliche Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Mit Blick auf das Datenschutzinteresse der Mainzer Bürgerinnen und Bürger fragt die FDP-Stadtratsfraktion:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Kommunale Datenzentrale (KDZ), um Daten innerhalb der Verwaltung zu schützen?
2. Gibt es die Möglichkeit der Verschlüsselung von E-Mails innerhalb der Verwaltung?
3. Welche Kosten entstehen der KDZ durch Maßnahmen zur Datensicherheit?
4. Wie wird die Sicherheit der Daten im Bürgeramt gewährleistet? Wer hat Zugriff auf diese Daten der Bürgerinnen und Bürger?
5. Gibt es Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu erfahren, wer alles Zugriff auf ihre Daten hat und inwieweit ihre Daten weitergeleitet werden dürfen? Wenn ja, welche?

6. Plant die Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu informieren, dass die Möglichkeit einer Ablehnung für die Weitergabe der persönlichen Daten besteht?

Walter Koppius
FDP-Fraktionsvoritzender